



Engagiert mit Haltung Frauen im Fokus – alle im Blick autonom und eigen-sinnig

Politisches Programm des SkF

Der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) gibt eine Übersicht seiner Positionen heraus, welche die politischen Haltungen widerspiegeln und fortwährend aktualisiert werden.

Der SkF als Frauen- und Fachverband der sozialen Arbeit in der katholischen Kirche setzt sich gesellschaftspolitisch für die Interessen von Frauen und ihren Familien ein.

Der SkF unterstützt mit rund 10.000 Mitgliedern und 9.000 Ehrenamtlichen sowie 6.500 beruflichen Mitarbeiter:innen in bundesweit 123 Ortsvereinen Frauen, Kinder, Jugendliche und Familien, die in ihrer aktuellen Lebenssituation auf Beratung oder Hilfe angewiesen sind.



Wir streiten für Chancengleichheit

Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand ein. Alle Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen sollen Hilfen zur Erziehung, Eingliederung und Teilhabe unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe bekommen.

Die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Anliegen.



Damit die Rechte von Kindern und Jugendlichen stets berücksichtigt werden, setzt der SkF sich für ein vielfältiges Vormundchaftswesen ([2024-Gemeinsame-Hinweise-zum-Aenderungsbedarf-im-SGB-VIII.pdf](https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/2023-vormundchaftsv/230330_zwischenruf_vormundchaftsvereine_besser_absichern.pdf?d=a&f=pdf)) ein und fordert eine Absicherung der vormundchaftsführenden Vereine ([https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/2023-vormundchaftsv/230330 zwischenruf vormundchaftsvereine besser absichern.pdf?d=a&f=pdf](https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/2023-vormundchaftsv/230330_zwischenruf_vormundchaftsvereine_besser_absichern.pdf?d=a&f=pdf))

Um allen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und insbesondere Kinder aus belasteten Familien zu untersetzen, setzen wir uns für den Ausbau der Angebote in den Frühen Hilfen ein. Dies bedeutet unter anderem, dass wir eine Aufstockung der Bundesstiftung Frühe Hilfen fordern.

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/2024-stellungnahme/2024_stellungnahme_19_sgb_viii_zum_ikjhq.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2021-stellungnahme-k/2021_stellungnahme_kinder-und_jugendstaerkungsgesetz.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2024-stellungnahme-p/2024_kinder_psychisch_kranker_eltern.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2022-stellungnahme-k/2022_kostenheranziehung_kinder-und_jugendhilfe.pdf?d=a&f=pdf

Wir haben die Vision einer gerechten und gewaltfreien Gesellschaft.

Wir setzen uns für einen umfassenden Gewaltschutz ein, der auf Prävention, Unterstützung und Nachsorge beruht. Die Zahlen von Gewalt gegen Frauen steigen alarmierend. Neben psychischer, physischer und ökonomischer Gewalt steigen auch die Zahlen digitaler Gewalt gegen Frauen rasant. Die Bundesregierung hat sich mit der Istanbul Konvention dem Gewaltschutz verpflichtet. Es fehlen jedoch bundesweit 14.000 Frauenhausplätze. Das neue Gewalthilfegesetz, das einen Rechtsanspruch und die Finanzierung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie von Fachberatungsstellen sichert, wird als erster wichtiger Schritt begrüßt.

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/skf-und-caritas-begruessen-einigung-zum-gewalthilfegesetz-24909d25-a227-4808-9071-38e8a8884399>

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/internationaler-tag-zur-beseitigung-von-gewalt-an-frauen-skf-fordert-entschlossenes-handeln-25724a8d>



https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2024-stellungnahme-z/2024_stellungnahme_gewalthilfegesetz_skf_dcv.pdf?d=a&f=pdf

Wir fordern Gesetze und Finanzen, die bessere Lebensbedingungen schaffen

Für ein Lebensschutzkonzept „Ja zum Leben“

Die gesellschaftlichen und politischen Debatten rund um eine außerstrafrechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen haben deutlich gemacht, dass die Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kind(ern) noch ausgebaut werden müssen, damit sich Frauen bei einer ungeplanten oder ungewollten Schwangerschaft auch in politisch und wirtschaftlich unsicheren Zeiten frei für das Austragen der Schwangerschaft entscheiden können.

Wir fordern ein Monitoring zur Umsetzung und den Folgen von nicht-invasiven Pränataltest als Kassenzulassung. Es sollen zeitnah belastbare Daten wissenschaftlich erhoben und in einem Bericht für den Bundestag ausgewertet werden. Als SkF Gesamtverein ist es uns wichtig, dass die Inanspruchnahme von invasiven Testverfahren nicht dazu führen darf, den Druck auf Frauen unnötig zu erhöhen, alle diagnostischen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, um eine genetische Behinderung ihres Kindes auszuschließen.

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/caritas-und-skf-fordern-entscheidung-ueber-das-monitoring-von-praenaltests-muss-zurueck-auf-die-tage>

Die Ergebnisse des Kommissionsberichtes zur Prüfung der Möglichkeiten der Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches sollten sachgerecht bewertet werden. Jede Neuregelung wird sich daran messen lassen müssen, ob das Selbstbestimmungsrecht der Frau und das Lebensrecht des Ungeborenen gleichermaßen berücksichtigt sind und diese Grundrechte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Beibehaltung der verpflichtenden Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch ist eine Chance eine selbstbestimmte Entscheidung zu unterstützen.

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2023-gemeinsame-stel/20231219_stellungnahme_katholisches-buero-deutscher-caritasverband-sozialdienst-katholischer-frauen.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/20231009-dcv-und-skf/20231009_dcv_und_skf_stellungnahme.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2022-stellungnahme-2/stellungnahme_219a_stgb_16.02.2022.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2022-stellungnahme-v/220204_positionierung_fgm_c_dcv_in_via_skf.pdf?d=a&f=pdf



https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2021-nipt-runder-tis/2021_nipt_runder_tisch_stellungnahme_offener_brief_bundestag.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/positionspapiere/2018-positionspapier/2018_reproduktionsmedizin_positionspapier.pdf?d=a&f=pdf

Wohnungslosigkeit:

Wohnungslosigkeit hat für Frauen und ihre Kinder enorme psychische und gesundheitliche Risiken. Allerdings gibt es bis heute keine gesicherten Daten zur Wohnungslosigkeit in Deutschland. Bei wohnungslosen Frauen ist dabei die Dunkelziffer besonders hoch, da sie seltener offen sichtbar auf der Straße leben und/oder in der Wohnungsnotfallhilfe auftauchen. Da es nicht ausreichend Angebote speziell für Frauen gibt, sind sie leicht Gewalt ausgesetzt. Vielen gelingt es, (zunächst) bei Bekannten und Verwandten unterzuschlüpfen. So aber geraten sie häufig in Abhängigkeiten und riskieren sexuelle Ausbeutung und erneut Gewalterfahrungen. Dies gilt in besonderer Weise für junge volljährige Frauen, die aus den Hilfen zur Erziehung fallen (Care Leaver). Besonders gravierend ist der Verlust der Wohnung für Frauen mit Kindern. Gerade sie nehmen Hilfe und Beratung oftmals frühzeitig in Anspruch, um den Verlust der Wohnung zu vermeiden.

Der SkF fordert die Förderung von Modellprojekten für besondere Wohnprojekte für Frauen und Familien sollte unabhängig vom Einkommen erfolgen. Es braucht neue Fördermöglichkeiten für gemeinschaftliche Wohnprojekte, die auch gemeinschaftlich genutzte Flächen einschließen. Beim Wohnungsbau für belastete Frauen und ihre Kinder müssen Betreuungskosten mitgedacht werden. Neue Modelle für betreutes Wohnen nach Hilfemaßnahmen sind notwendig. „Housing First“ für Frauen ist eine bewährte Methode, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Kommunale Wohnungspolitik sollte Ghattobildung vermeiden und attraktiven Wohnraum schaffen. Leerstand muss vermieden und die Nutzung bestehender Bausubstanz unterstützt werden. Proaktive Wohnraumvermittlung und Kooperation von Wohnungswirtschaft und sozialer Arbeit sind wichtig. Kommunen sollten verbindliche Quoten für sozialen Wohnungsbau beschließen. Wohnungslosigkeit muss verhindert werden, durch flächendeckende Beratungsstellen und Prävention bei drohender Wohnungslosigkeit. Der Staat muss das Menschenrecht auf Wohnen wahren und angemessene Unterkünfte bereitstellen. Schutz vor Gewalt nach der Istanbul Konvention muss auch für Frauen im Wohnungsnotfall gewährleistet sein.

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/positionspapiere/2022-frauen-wollen-m/positionspapier_wohnungspolitik.pdf?d=a&f=pdf



Prostitution:

Wir setzen uns für ein sicheres Umfeld und niedrigschwellige Beratung für Sexarbeiterinnen ein. Für uns steht die Hilfe und Unterstützung der Frauen im Vordergrund. Wir setzen uns für eine Verbesserung der sozialen Situation von Menschen ein, die aufgrund von Armut-, Abhängigkeits- und Zwangssituationen unterschiedlicher Art von Prostitution nachgehen. Der SkF positioniert sich gegen eine Kriminalisierung des Sexkaufs, der die Sexarbeiterinnen in die Illegalität und aus den Unterstützungsstrukturen verdrängt. Wir setzen auf niedrigschwellige Angebote der psycho-sozialen Beratung, und konkrete Sozialarbeit und der SkF-Vereine., die auch beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützen. Der SkF vertritt damit eine Haltung, die durch den im Juni 2025 vorgelegten Evaluationsbericht des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) in zentralen Punkten übereinstimmt und seine fachlichen Empfehlungen bestätigt.¹

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2017-stellungnahme-p/2017_protav_prostatv_stellungnahme.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/stellungnahmen/2015-stellungnahme-z/2015_gemeinsame_stellungnahme_prostitution.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/positionspapiere/2014-skf-positionier/2014_positionierung_zum_thema_prostitution.pdf?d=a&f=pdf

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/positionspapiere/2025-aktualisierung/2025_positionspapier_prostitution_sexkauf.pdf?d=a&f=pdf

Erwerbstätigkeit von Frauen und Geschlechtergerechtigkeit:

Eine entscheidende Grundlage für die Gleichstellung von Frauen ist eine eigenständige wirtschaftliche Sicherung. Viele rechtliche und soziale Rahmenbedingungen begünstigen allerdings, dass Männer sich auf die Einkommenserzielung konzentrieren, während Frauen unbezahlte oder unterbewertete Sorgearbeit verrichten, die keine dauerhafte eigenständige Existenzsicherung ermöglicht. Diese geschlechterstereotype Arbeitsteilung steht der Gleichstellung der Geschlechter entgegen und ist für Frauen nach wie vor ein großes Armutsrisiko

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/6-forderungen-zur-bundestagswahl-2025-geschlechtergerechtigkeit-gelingt-nur-mit-partnerschaftlichkeit>

¹ BMSFSJ (2025): Evaluation des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG), Hannover.



https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/armutspraevention/2023-expertise-skf-g/20230228_expertise_skfgesamtverein_haushaltsnahe_dienstleistungen.pdf?d=a&f=pdf

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/einkommensarmut-darf-kein-makel-sein-ef3c2de8-f630-41b9-bc83-cf5ad7824950>

Armut und Frauen wollen ein Dach über dem Kopf:

<https://www.skf-zentrale.de/aktuelles/presse/ratschlag-kinderarmut-fordert-ein-konsequentes-umdenken-der-politik-im-kampf-gegen-die-armut-von-kin>

Beziehungen und Sexualität

Der SkF ist überzeugt, dass jeder Mensch von Gott geschaffen, gewollt, bejaht und geliebt ist. Die unantastbare Würde eines jeden Menschen prägt unser Gottes- und Menschenbild. Diese Haltung wird in unserer caritativen Arbeit sichtbar. Wir nehmen alle Menschen mit ihrer individuellen Lebenssituation an und unterstützen sie bei der selbstbestimmten Entwicklung von Perspektiven. Geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung gehören zur Persönlichkeit des Menschen.

Sexualität ist eine positive Lebenskraft und gehört zu unserer Identität. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sind Teil eines individuellen Wachstums-, Findungs- und Reifungsprozesses. Das Ergebnis dieses Prozesses kann nur von der Person selbst beurteilt werden. Es verbietet sich daher jede Form von Diskriminierung, Geringschätzung und Nichtachtung. Vielmehr müssen Menschen in ihrer selbstbestimmten Entwicklung unterstützt werden. Wir sind gegen alle Handlungen, die Menschen erniedrigen oder ausbeuten, bei denen Menschen Gewalt angetan wird oder sie gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen gezwungen oder genötigt werden. Wir ermutigen Menschen, sexuelle Lust als etwas Positives und selbstverständlich zum Leben Gehörendes wahrzunehmen und sie in Würde und Verantwortung zu leben.

https://www.skf-zentrale.de/cms/contents/skf-zentrale.de/medien/dokumente/positionspapiere/2023-positionierung/2023_positionspapier_sexualethik_web.pdf?d=a&f=pdf

Wir fordern Demokratie – auch in der Kirche

Der SkF Gesamtverein duldet keine rechtsextremen und rechtspopulistischen Äußerungen oder Handlungen bei ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen und widerspricht solchen Aussagen, wenn sie von Klient:innen geäußert werden. Dieser



Widerspruch wird immer begleitet von der Bereitschaft zum Dialog und der sachlichen Auseinandersetzung über die Fragen, die die Klient:innen bewegen.

<https://www.skf-zentrale.de/beitraege/klares-bekenntnis-zu-demokratie-vielfalt-und-welto/2740782/>

Stand: 16.07.2025